

## Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Timor Leste – Zur Rolle der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften

Tia Mboeik, FES Jakarta, April 2008

- Timor Leste hat 2007 wichtige Schritte in Richtung Demokratie unternommen. Nun steht vor allem die Wirtschaftspolitik und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Tagesordnung der seit Oktober amtierenden neuen Regierung.
- Die Führung des Landes unter Präsident José Ramos-Horta und Premierminister Xanana Gusmao weiß um die Gefahren für die politische Stabilität des Landes in Folge von Arbeitslosigkeit, Armut und dem Frust vor allem der jungen Menschen. Ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik soll das Investitionsklima im Land verbessern und Arbeitsplätze schaffen.
- In der Phase des Übergangs von einer „Aid Economy“ hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die ihre Impulse vor allem aus den eigenen Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor bezieht, bedarf es gerade auch der ständigen Lobbyarbeit von Zivilgesellschaft, sozialen Gruppen und Gewerkschaften.

Timor Leste ist seit seiner Unabhängigkeit von Indonesien im Jahre 2002 von heftigen Verwerfungen geprägt. Die Anstrengungen, zu einem Staat und zu einer Nation zu werden, sind groß, der Weg dorthin ist steinig. In den Berichten über das Land steht meist die politische Entwicklung im Vordergrund. Der Schlüssel zu einem friedlichen *State* und *Nation Building* liegt in einer zügigen wirtschaftlichen Entwicklung, welche einen signifikanten Beitrag zur Entschärfung der sozialen Probleme leisten kann. Diese Kurzanalyse will aufzeigen, welche konstruktiven Beiträge zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften dazu leisten können.

### **Eine neue Phase wirtschaftspolitischer Entwicklung ?**

Mit den weitgehend freien und demokratischen Wahlen im April und Juni 2007 begann für Timor Leste ein neues Stadium der Entwicklung. Die neu gewählte Regierung – eine Koalition aus den Parteien CNRT (*Nationaler Kongress für den Wiederaufbau Osttimors*), ASDT/PSD (*Vereinigung der Sozialdemokraten Timors / Sozialistische Partei Osttimors*) und PD (*Partei der Demokraten*) – hat sich vorgenommen, den Prozess des *Nation* und *State Building* durch eine größere wirtschaftliche Eigenständigkeit und die

damit einhergehende spürbare Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung zu fördern. Dies war bereits das Ziel der Vorgängerregierung unter Premierminister Mari Alkatiri von der FRETILIN. Die Finanzpolitik der Regierung Alkatiri stützte sich vor allem auf die umfangreichen internationalen Hilfgelder (1999 bis 2006 ca. fünf Milliarden US-Dollar). Dadurch konnten die Staatsschulden praktisch auf Null gehalten werden. Doch während sich der Import von Alltagsgütern verteuerte, blieben die Zölle auf importierte Luxusgüter niedrig. Diese umstrittene Wirtschaftspolitik der FRETILIN wirkte sich negativ auf den Aufbau nachhaltiger lokaler Wirtschaftskreisläufe aus, so dass Timor Leste mittlerweile weitgehend alle Konsum- und Investitionsgüter importieren muss.

Die Koalitionsregierung unter Führung von Premierminister Xanana Gusmao setzte sich daher zum Ziel, einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik einzuleiten, indem der Markt schrittweise für ausländische Investoren geöffnet werden soll. Vorhandene Wirtschaftspotentiale sollen mit Hilfe von ausländischen Investitionen entsprechend den Bedürfnissen des Landes erschlossen werden. Zweifel an der wirtschaftspolitischen Erfahrung der jungen Regierung nährten vor

allem bei Anhängern der FRETILIN Befürchtungen, dass die wachsenden Einflussmöglichkeiten internationaler Finanzinstitutionen und Investoren zu einer neoliberalen politischen Orientierung führen würden. Eigentlich gibt es aber keine Alternative zur Marktöffnung. Seit vier Jahren stagniert das Bruttoinlandsprodukt von Timor Leste bei knapp 400 Mio. US-Dollar. Durch die neue Schwerpunktsetzung und die Förderung des Privatsektors erwartet die Regierung langfristig ein Wirtschaftswachstum von fünf bis sechs Prozent. Eine Reihe von geplanten Maßnahmen, wie beispielsweise die Einrichtung einer Aufsichtsbehörde für das Banken- und Finanzsystem, der Aufbau eines statistischen Amtes, die Einführung einer nachhaltigeren Ausgabenpolitik, die Begrenzung der Zahl der Staatsbeamten und eine Vereinfachung des Steuersystems, dienen alle dem Ziel einer Marktöffnung, wie sie in anderen asiatischen Ländern bereits vollzogen wurde. Nach Einschätzungen der Weltbank ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum von sieben Prozent notwendig, um eines der Millenniumsziele der Vereinten Nationen, nämlich die Armutsreduzierung um ein Drittel, bis 2015 zu erreichen.

### **Soziale Entwicklung als Schlüssel zur Stabilität**

Am 11. Februar 2008 wurden Attentate auf das Staatsoberhaupt José Ramos-Horta und den Regierungschef Xanana Gusmao verübt. Während Gusmao unverletzt blieb, wurde Ramos-Horta schwer verletzt. Als Drahtzieher dieser Anschläge gilt der Deserteur Major Alfredo Reinaldo, der selbst bei den Anschlägen ums Leben kam. Diese Attentate gelten als Spätfolge der Unruhen im Jahr 2006. Sie verlangen von der Regierung besonderes Geschick bei der Suche nach friedlichen Lösungen für politisch motivierte gewalttätige Konflikte. Eine der Hauptursachen für politische Instabilität in Timor Leste liegt im Wechselverhältnis von Armut, Arbeitslosigkeit und fehlender Perspektive, vor allem für die junge Bevölkerung (40% unter 20 Jahren). Auch der getötete Anführer des Attentats, Alfredo Reinaldo, galt zu seinen Lebzeiten als ein Idol der arbeitslosen Jugendlichen, die insbesondere sich selbst als die Opfer von Misswirtschaft und Korruption der politischen Eliten ihres Landes sehen.

Ziel muss es daher sein, soziale Entwicklung und wirtschaftliche Reformen zugunsten der Bevölkerung so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Zeit drängt, weil die soziale Not die Gewaltspirale beschleunigt. Mit jährlich bis zu 14.000 Schulabbrechern und einer hohen Arbeitslosenrate unter Jugendlichen - 23% in ländlichen Gebieten und bis zu 44% in Dili und Umgebung - sind insbesondere männliche Jugendliche für politische Manipulationen anfällig. Gleichzeitig neigen sie zu Gewaltanwendung. Obwohl die Regierung Alkatiri sich bereits darum bemühte, öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser zu bauen und für die breite Bevölkerung zu öffnen, ist die gesamte soziale Infrastruktur des Landes weiterhin in einem äußerst schlechten Zustand. Mehr als 30.000 Menschen leben in Flüchtlingslagern: zum einen aus Angst vor Vergeltungsakten in ihren Heimatdörfern, zum anderen aufgrund des Verlusts jeglichen Besitzes in jahrzehntelangen Konflikten. Weitere zentrale Probleme sind das hohe Bevölkerungswachstum (3,2 % in 2006), die niedrigen Hygiene- und Gesundheitsstandards (50% der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Wasser) und das geringe Bildungsniveau vor allem der jungen Erwachsenen. Die Einführung des US-Dollars als osttimoresische Währung im Jahr 2000 und die anhaltend große internationale Präsenz ließen die Lebenshaltungskosten weiter steigen, welche für Asien auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau liegen. Die soziale Kluft zwischen den wenigen Gewinnern und den vielen Verlierern des seit sechs Jahren andauernden Prozesses des *State* und *Nation Building* wächst zusehends. 40% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von 0,55 US-Dollar pro Tag. Auch lag der Human Development Index des *United Nations Development Programme* (UNDP) für Timor Leste 2005 weit niedriger als in allen anderen ASEAN-Staaten. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Not der Bevölkerung wird sehr wahrscheinlich auch die Gewaltbereitschaft weiter steigen. Die Chancen für einen dauerhaften Frieden werden geringer.

## Ölreichtum als „Treibstoff“ der Entwicklung?

Die wirtschaftlichen Aussichten für Timor Leste sind sehr begrenzt. 80% der Bevölkerung leben mit Ausnahme von der Kaffeeherstellung von der Subsistenzproduktion in der Landwirtschaft. Es gibt keine nennenswerte Industrie. Sich von der Abhängigkeit internationaler Hilfsgelder abrupt zu lösen, ist daher kaum vorstellbar. Eine unvorbereitete Marktöffnung würde das Land direkt in das Risiko einer ausländischen Marktdominanz führen. Zieht man zusätzlich die hohe Importrate von jährlich bis zu 220 Millionen US-Dollar in Betracht, wird verständlich, weshalb der Regierung die Gefahr einer drohenden Neo-Liberalisierung ihres Landes durchaus bewusst ist.

Umso wichtiger ist es für die Regierung daher, ihre bisher einzig verlässliche staatliche Haupteinnahmequelle, die Öl- und Erdgasvorkommen vor der Südküste des Landes, nachhaltig zu nutzen. Durch die 2006 erzielte Einigung mit Australien über die Ausbeutung der Gasvorkommen des *Greater Sunrise*-Feldes wird mit Gesamteinnahmen von bis zu 10 Milliarden US-Dollar in den nächsten 30 Jahren gerechnet. Diese gehen zum Großteil an Timor Leste. Auch aus dem *Bayu-Undan*-Feld erwartet man jährlich einen Ertrag von 250 Millionen US-Dollar für die nächsten 20 Jahre. Es ist eine kluge Politik notwendig, dass diese Einnahmen tatsächlich zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung beitragen.

Die Ansätze dazu sind aber vorhanden. Im September 2005 wurde nach norwegischem Vorbild ein Petroleumfonds geschaffen, in dem alle Einnahmen aus der Öl- und Erdgasförderung für einen Zeitraum von zehn Jahren bei der US-Federal Reserve Bank angelegt und erst dann nach Timor Leste transferiert werden. Der Staat darf diese Erträge nach Zustimmung des Parlaments nur in die soziale Infrastruktur investieren. Ein Großteil der Erträge wird in Wertpapiere mit niedrigen Risiken investiert, so dass nach Ausschöpfung der Öl- und Gasvorkommen auch für zukünftige Generationen in Timor Leste noch Mittel für die Entwicklungsfinanzierung vorhanden sind.

Die Gründung des Petroleumfonds wurde von der damaligen FRETILIN-Regierung zwar als Erfolg gefeiert, bei der eigenen Bevölkerung stieß sie aber auf harsche Kritik. Angesichts der Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Timor Leste nahm auch das Unverständnis der Kritiker für die rigide Anlage der Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasförderung zu. Derartige Kritik ist bereits aus anderen Konfliktgebieten mit einer reichen Ressourcenausstattung bekannt. Auch die Regierung des zentralafrikanischen Landes Tschad hatte kurzfristig die Gesetze zur Verwendung der Öleinnahmen, die dort ebenfalls in einen Petroleumfund flossen, geändert. Dies hatte zur Folge, dass Korruption, Inflation und Misswirtschaft Tür und Tor geöffnet wurden und das Land ein *Failed State* wurde. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung wird der aktuellen Regierung Timor Lestes und dem Parlament des Landes dringend zu Geduld und Vorsicht im Umgang mit den angelegten Geldern geraten. Die langfristigen Zielsetzungen des Fonds sollten nicht einer kurzfristigen Etatsteigerung geopfert werden. Denn für die Einhaltung der Beschränkungen des Fonds spricht nicht zuletzt die niedrige Absorptionfähigkeit des Staates, die im Haushaltsjahr 2005/2006 nur zwei Drittel des bewilligten Staatshaushaltes erreichte.

Im Umgang mit dem Nachlass der Regierung Alkatiri – Schuldenfreiheit auf Kosten von erhöhter sozialer Ungleichheit – und der tiefen gesellschaftlichen Spaltung des Landes wird von der jetzigen Regierung vor allem mehr Ehrgeiz bei der Suche nach potentiellen wirtschaftlichen Entwicklungsfeldern erwartet. Zu begrüßen sind daher das Engagement von Ramos-Horta und Gusmao bei der Suche nach potentiellen Wirtschaftspartnern aus dem asiatisch-pazifischen Raum wie Australien und Indonesien. Das besondere Interesse an einer Partnerschaft mit der Volksrepublik China, deren Präsenz in Timor Leste immer sichtbarer wird, birgt ebenfalls wirtschaftliche Potentiale.

Um allerdings langfristige Investitionen aus dem Ausland zu akquirieren, müsste zunächst eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden: die verlässliche Gewährleistung von Sicherheit und politischer Stabi-

lität, die Bereitstellung einer funktionierenden Grundinfrastruktur, die Suche nach potentiellen Produktionssektoren und insbesondere die Förderung der Grundbildung und die Ausbildung von Fachkräften. Wesentliche Hürden für ausländische Investitionen sind unkalkulierbar hohe Produktions- und Lebenshaltungskosten, ein allgemein niedriger Bildungsstand, eine geringe Produktivität der Erwerbstätigen, sowie ineffektive Verwaltungsstrukturen, der kleine Binnenmarkt und die große Distanz zu den Weltmärkten.

### **Zivilgesellschaft – Träger der sozialen Entwicklung**

Die Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit in Timor Leste sind enorm. Die UNDP stellte jedoch in seinem *Human Development Report 2006* über Timor Leste die These auf, dass die staatlichen Einnahmen aus den Öl- und Erdgasvorkommen des Landes ausreichen würden, um die Armut bis 2015 zu halbieren. Die Öl- und Erdgaseinnahmen können aber nur dann effektiv zur Armutsreduzierung beitragen, wenn sie vor allem in die ländliche Entwicklung sowie in die Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens fließen. Eine dynamischere ländliche Wirtschaft, die es Landwirten ermöglicht, ihren Lebensstandard zu verbessern, wäre idealerweise ein Schlüssel zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität des Landes. Ohne das Vorhandensein entsprechender Verwaltungsstrukturen und strikter Kontrollmechanismen gegen Ressourcenmissbrauch ist dies jedoch kaum denkbar. Die Zusage der Europäischen Union von Hilfgeldern für die ländliche Entwicklung in Höhe von 100 Millionen US-Dollar ist damit zwar der richtige Ansatz, sollte aber die oben genannten Prämissen im Auge behalten.

Als zweite Grundvoraussetzung zur Erreichung der gesetzten Ziele nennt die UNDP eine effiziente Verwaltungsstruktur sowie ausreichend ausgebildete lokale Fachkräfte im Staatsdienst. Die UN-Entwicklungsorganisation empfiehlt daher eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Kräften. Zwar sind die Kapazitäten der Zivilgesellschaft beschränkt, dennoch kön-

nen sie eine zentrale Rolle für die Zukunft Timor Lestes spielen. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) verfügen bereits über notwendige Grundkenntnisse der Organisations- und Informationsarbeit und sind in vielerlei Hinsicht vernetzt, ohne dabei parteipolitische Interessen zu verfolgen.

In Timor Leste arbeiten bis zu 400 NROs in den 13 Distrikten zu verschiedenen Themengebieten: humanitäre Hilfe, *Capacity Building*, technische Hilfe (Straßenbau, Aufbau von Wasser- und Sanitärprojekten), gesellschaftliche Entwicklungsprogramme, Stärkung der Menschenrechte sowie *Good Governance*. Mehr als ein Viertel der NROs in Timor Leste sind so genannte *implementing NGOs*, die auf internationale Unterstützung angewiesen sind. Im ländlichen Raum konzentriert sich die Arbeit der NROs auf die Bildung von Bürgerinitiativen und unmittelbare technische Entwicklungshilfe. Hier wirken die lokal begrenzten Kapazitäten der stark zentralisierten staatlichen Verwaltungsstrukturen oft beeinträchtigend bei der optimalen Zielerreichung der Entwicklungsbemühungen. Es stellt sich die Frage, ob mehr Staatsbeamte eingestellt oder qualifiziertes NRO-Personal in die Verwaltung integriert werden soll. Eine Analyse der Vor- und Nachteile der beiden Möglichkeiten wäre ratsam, um die Effektivität des von der UNDP empfohlenen Ansatzes zu überprüfen. Denn eine Ausweitung des Staatsapparates könnte langfristig auch zu einem Bumerang für Timor Leste werden.

Davon ist aber die spezielle Rolle der NROs in der Hauptstadt Dili zu trennen. Diese lenken als unabhängige *Pressure Groups* die staatliche und öffentliche Aufmerksamkeit auf aktuelle Problemthemen, wie z.B. Vergangenheitsbewältigung, Strafverfolgung von Verletzungen der Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und friedliche Konfliktbewältigung. Die Organisationen arbeiten allerdings teilweise mit einem erheblichen Risiko. Obwohl sich die meisten NROs nicht politisch vereinnahmen lassen und sich durch die Einhaltung „ziviler Spielregeln“ auszeichnen, wurden nicht wenige Opfer von Einschüchterungsversuchen durch Politiker. Das von der FRETILIN erlassene Gesetz zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit

wurde oft genutzt, um allzu laute Regierungskritiker mundtot zu machen.

### **Die Gewerkschaften zwischen Vertretung von Mitgliederinteressen und konstruktiven Beiträgen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik**

Neben den NROs bilden Gewerkschaften einen wichtigen Teil der Zivilgesellschaft. Im Hinblick auf die vom Staat angestrebten Investitionsvorhaben im Öl- und Erdgassektor wird den Gewerkschaften in Zukunft eine größere Bedeutung zukommen. Sie müssen ihre Beiträge zu höherer Produktivität und einem verbesserten Investitionsklima leisten, damit mehr Beschäftigung entstehen kann. Gleichzeitig müssen sie aber dazu beitragen, die Rechte ihrer Mitglieder, der Arbeitnehmer, zu schützen und deren finanzielle Lage verbessern. Dies ist ein schwieriger Spagat. Als institutionalisierter Interessensverband ist die Zusammenarbeit mit ihnen insofern sinnvoll, da sie, wie NROs, über die notwendigen Grundkenntnisse der zivilen Spielregeln verfügen und parteipolitisch übergreifend arbeiten. Es gibt einen nationalen Gewerkschaftsverband, die *Konfederasaun Sindicatu Timor Lorosae* (KSTL). Er umfasst derzeit laut eigenen Angaben ca. 6.400 registrierte Mitglieder aus acht Industrieföderationen. Aber nur etwa 1.400 dieser Mitglieder dürften aktive Beitragszahler sein. Überdies hat sich 2007 im öffentlichen Sektor die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, *Sindicatu Funsau Publiku Timor Leste* (SFPTL), gebildet.

Die Verfassung und die Gesetzgebung von Timor Leste garantieren die gewerkschaftlichen Grundrechte wie Vereinigungsfreiheit und Streikrecht sowie das Recht auf Tarifverhandlungen. Neuere Gesetze über das Versammlungsrecht und die Zuwanderung haben allerdings die Einschränkung des Streikrechts der Gewerkschaften zur Folge. Auch weil eine staatliche Arbeitsinspektion praktisch nicht existiert, erweist sich die Einhaltung von geltenden Arbeitsgesetzen vielerorts als problematisch. Bei begrenzter Beschäftigungsperspektive ist der Arbeitgeber immer im Vorteil. Das Arbeitsrecht aus der Zeit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nation (UNTAET) im Mai 2002 ist nur sehr allgemein formuliert. Es fehlt an ent-

sprechenden Durchführungsvorschriften, wie sie beispielsweise für arbeitsgerichtliche Prozessen notwendig sind.

In dem Bemühen, die Regierung mit der zunehmenden Verletzung von Arbeitnehmerrechten zu konfrontieren, wurde KSTL in der Vergangenheit durchaus aktiv. Vor dem Hintergrund der Krise 2006, in der viele Arbeitgeber ihre Arbeiter über Nacht entlassen hatten, wurde auf Druck von KSTL ein Sondergesetz erlassen, in dem ein Kündigungsschutz in Zeiten von nationalen Ausnahmezuständen garantiert wird. Darüber hinaus forderte KSTL auch nachdrücklich die Wiedereinstellung der gekündigten ArbeitnehmerInnen. Zunächst noch beschränkt auf Staatsbeamte, forderte KSTL die Verbesserung der Sozialgesetze für Beschäftigte sowie die gesetzlich vorgeschriebene Zahlung von Pensionen an Beamte. Neben Massenkundgebungen, die KSTL mit mehreren NROs organisierte, betreibt der Verband eine intensive Lobbyarbeit beim Ausschuss für Menschenrechte und Demokratie des nationalen Parlaments, um eine Stärkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte zu erreichen.

### **Fazit**

Für die Zivilgesellschaft war der Regierungswechsel von großer Bedeutung. Die geplante wirtschaftspolitische Kursänderung wird grundsätzlich positiv bewertet. Die Hoffnung wird auch durch den Generationswechsel innerhalb der Regierung begründet. Denn trotz des Respekts gegenüber der älter werdenden Elite für ihren Widerstand gegen die indonesische Besatzungsmacht belasteten deren politische Machenschaften das politische Klima in Timor Leste.

Die Attentate von Major Alfredo Reinaldo und seinen Gefolgsleuten auf José Ramos Horta und Xanana Gusmao könnte daher auch als weiterer Hinweis für das Misstrauen der jungen, ungedulden und perspektivlosen Bevölkerung gegenüber den politischen Helden der alten osttimoresischen Elite gedeutet werden. Es ist daher höchste Zeit für Timor Leste, seine vorhandenen Potentiale

für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu mobilisieren.

Die Ernennung der neuen Regierung gibt Anlass zur Hoffnung für Timor Leste, dass die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Vordergrund rückt. Denn vor allem hier liegen die Ursachen für die Konflikte begründet. Angesichts der Endlichkeit der internationalen Hilfgelder einerseits und der erwarteten umfangreichen Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gassektor andererseits ist eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den zivilgesellschaftlichen Kräften im Bereich der

ländlichen Entwicklung und von *Good Governance* notwendig. Die Gewerkschaften als institutionalisierte Interessenverbände haben durch ihre bestehende Organisationsstruktur und ihre Unparteilichkeit ebenfalls ein Potential, die Regierung bei der sozialen Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik zu beraten. Die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft als einflussreicher Akteur und *Pressure Group* ist nicht nur erwünscht, sondern entscheidend für die Zukunft der Demokratie, die nachhaltige Entwicklung und Stabilität in Timor Leste.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Julia Müller, Tel.: 0228-883-536, E-Mail: [Julia.Mueller@fes.de](mailto:Julia.Mueller@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).